



Margarete Bause
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frank Heinrich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gyde Jensen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frank Schwabe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeskanzleramt
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Per E-Mail: poststelle@bk.bund.de

und

Auswärtiges Amt
Herr Bundesaußenminister
Heiko Maas

Per E-Mail: 010-01@auswaertiges-amt.de

Berlin, 16.08.2021

Öffentlicher Appell an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Heiko Maas für eine rasche Rettung der afghanischen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger der Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Außenminister,

angesichts der bereits erfolgten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan wenden wir uns mit dem dringenden Appell an Sie: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass mit dem deutschen Botschaftspersonal und den afghanischen Ortskräften auch die besonders gefährdeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission evakuiert werden!

Als weltweit anerkannte Schwesterinstitution des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) setzt sich die Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC) seit knapp



20 Jahren für die Achtung und den Schutz der Menschenrechte in Afghanistan ein. Die Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger vor Ort taten dies stets unter höchstem persönlichem Risiko. Einige von ihnen sind bereits in den letzten Monaten von Taliban-Kämpfern ermordet worden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AIHRC fürchten daher um ihr Leben. AIHRC hat eine Liste von 90 der insgesamt 400 Mitarbeitenden erstellt, die besonders gefährdet sind, dabei handelt es sich überwiegend um Frauen.

Der Schutz der Menschenrechte – insbesondere auch der Menschenrechte von Frauen – war damals ein zentraler Grund für den Einsatz Deutschlands in Afghanistan. Die Schaffung der AIHRC war neben den vielen wichtigen deutschen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit ein Leuchtturmprojekt der internationalen Gemeinschaft zum Schutz der Menschenrechte in Afghanistan. Deutschland setzt sich in den Vereinten Nationen seit Langem für die Schaffung Nationaler Menschenrechtsinstitutionen (NMRI) und für den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von NMRI ein. In der gegenwärtigen lebensbedrohlichen Situation für die Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger der AIHRC ist nun unbürokratisches Handeln dringend geboten.

Die Glaubwürdigkeit unserer Menschenrechtspolitik wird sich auch daran messen lassen, wie wir diejenigen unterstützen und schützen, die wir ermuntert haben, an zentraler Stelle in Afghanistan für die Menschenrechte zu arbeiten.

Jede und jeder Einzelne von Ihnen ist unter der Talibanherrschaft mit dem Tode bedroht. Deshalb ist es von herausragender Bedeutung die zentralen Akteure der afghanischen Menschenrechtsinstitutionen jetzt mit in eine Evakuierung einzubeziehen.

Wir bitten Sie daher eindringlich, sich dafür einzusetzen, dass zumindest die 90 Mitarbeitenden, die von AIHRC als besonders bedroht identifiziert wurden, nach Deutschland ausgeflogen werden. Wir fordern Sie auf die notwendige Verantwortung zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Margarete Bause

Margarete Bause, Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frank Heinrich

Frank Heinrich, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Gyde Jensen

Gyde Jensen, Menschenrechtspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Vorsitzende des Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Frank Schwabe

Frank Schwabe, Menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion